

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Neudorf bei Dresden.  
Verlagsnummer 25 244.  
Telefonnummer: 20 011.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei halbjährlicher Lieferung monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M., durch d. Post bei halbjährlicher Lieferung monatlich 6 M., vierteljährlich 18 M. Die 11paltige 37 mm breite Seite 2 M. Bei Familienbestellungen, Einlegen unter Stellen u. Wohnungsanzeigen, 11paltige Ein- und Verträge 25 p. Honorargebühr laut Tarif. Unveränderte Nachträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Martenstraße 28-40.  
Stadt u. Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 19 205 Leipzig.

Nachdruck nur mit druckbarer Quotenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unveränderte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Verleih-Magazin** für Möbel, Porzellan, Gläser, silberne Bestecke, Tischwäsche, Tafeln u. Stühle usw.

**Andreas Wold. Gottschalch**

Tel. 21466 - Prager Straße 19 - Tel. 12632

Verkauf von Korb-, Klub- u. Dielenmöbeln — Ein- u. Verkauf von modernen u. antiken Möbeln

**AUSSTELLUNG** fertiger Wohnungen

**Otto Schubert, Dresden-A.**

Werkstätten für Wohnungskunst

14 Wallstraße = Begründet 1873 = Wallstraße 14

**Glaswaren**

Jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfohlen in reichhaltiger Auswahl

**Wilh. Rühl & Sohn, Inh.: Hedwig verw. Rühl**

Gegründet 1848. Neumarkt 11. Fernspr. 14277.

## Abstimmung der Reichsobererschlesier in Köln?

### Ein Vorschlag des Verbaudes.

Paris, 28. Nov. Der Londoner Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet, daß gestern über die Volksabstimmung in Oberschlesien verhandelt wurde. Nach einem Vorschlag sollen die außerhalb des Abstimmungsbezirks Wohnenden nicht am gleichen Tage wie die Bevölkerung in Oberschlesien abstimmen. Nach einem anderen Vorschlag sollen die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden außerhalb des Abstimmungsbezirks, aber in der Besetzungssphäre, etwa in Köln, abstimmen. In dieser Sitzung bemerkt der Berichterstatter der Agence Havas, es sei beschlossen worden, den letzten Vorschlag Polen und Deutschland zur Annahme zu unterbreiten. Wird er abgelehnt, so wird man die andere Lösung zur Anwendung bringen. (ntb.)

### Ein Ausweisungsantrag gegen Korfanti.

Wegen der unerhörten Rede Korfantis in der Stadt Kolonberg in Oberschlesien, in der er zu terroristischen Maßnahmen gegen die Abstimmungsberechtigten aus dem Reich aufzufordern hat, hat der deutsche Plebiszit-Kommissar, Dr. Urbanek, wie aus Katowitz gedruckt wird, an die Interalliierte Kommission in Döbeln den Antrag gerichtet, den polnischen Abstimmungskommissar Wojcik Korfanti aus dem Abstimmungsgebiet auszuweisen. Dr. Urbanek weist in seinem Antrag auf die Anlage zum Artikel 88 des Friedensvertrages hin, in der es heißt: „Der Ausschuss hat insbesondere die Ausweisung jeder Person zu veranlassen, die irgendwie das Ergebnis der Volksabstimmung durch Fälschung oder Einschüchterungsmassnahmen zu fälschen versucht.“

### Der Reichskanzler an die Oberschlesier.

Berlin, 28. Nov. Angehten der ober-schlesischen Verbände fand heute mittags im „Kolonischen Garten“ ein Konzert statt, an dem der Reichliche Weingärtnerverein aus Katowitz mitwirkte. Der Saal war schon lange vor Beginn überfüllt und hunderte in Berlin lebende Oberschlesier konnten keinen Einlass finden. Während der eindrucksvollen Feier ergriff Reichskanzler Brüning das Wort zu einer Ansprache, in der er ausführlich: Was Oberschlesien für uns ist, das wissen wir schon seit geraumer Zeit, was es kulturell bedeutet, ist uns heute hier vorzuführen worden. Ein heller Auf der Begeisterung wird überaus ertönen, wo Sie sich hören lassen, wo Sie eintreten werden für den Gedanken, daß der Abstimmungsakt ein mit einem Siege und einem Bekenntnis für unser Deutschland enden möge. Diese ungeheuren wackeligen Tage werden der kommenden Welt zeigen, daß das Deutschtum ungeboren ist und daß Sie, die Oberschlesier, ihm die Treue bewahrt haben. Wir haben keine Sorge um den Ausgang, wenn Sie an der deutschen Kultur eine Stütze gefunden haben. Mit den anderssprechenden Bewohnern Oberschlesiens werden wir freundlich zu verfahren wissen, denn Oberschlesien soll weiter bleiben. Deutschland und Oberschlesien werden vereint gefunden. (Stark anhaltender Beifall.) Mit einem nachdrücklichen Bekenntnis zum Deutschtum und dem Gelübnis beim Abstimmungsakt für Deutsch-Oberschlesien einzutreten, schloß die Feier.

### Das Spa-Abkommen gefährdet.

Berlin, 27. Nov. In der Ablieferung der Wiederaufmachungsstoffe sind in der letzten Zeit Schwierigkeiten eingetreten, weil der Rheinwasserstand auf ein seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtetes Maß zurückgegangen ist. Die Gefahr ist in greifbarer Nähe gerückt, daß die Verladungen nach dem Oberrhein ganz eingestellt werden müssen. Schon jetzt sind einige ober-rheinische Häfen ganz angeschlossen, andere in ihren Leistungen außerordentlich gelitten. Um die drohende Folge der Nichterfüllung des Spa-Abkommens abzuwenden, rufen die Köpfe auf dem Wasser liegenden Wiederaufmachungs-transporte auf einem arabischen Teil auf die Eisenbahn umgestellt werden. Empfindlicher Mangel an Kohlen und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Schäden sind die Folge. Süddeutschlands Kohlenversorgung wird nur noch unter den größten Anstrengungen aufrechterhalten. Die deutschen Bemühungen, trotz allem die Ententebedingungen zu befriedigen, haben dabei auf die weitere Schwierigkeit, daß die belarischen und französischen Bahnen zur Abnahme der erhöhten Bahnstrahlen nur nicht in der Lage sind. Alle Vorbereitungen bei der Entente, dadurch die Erfüllung des Spa-Abkommens zu ermöglichen, daß die Wiederaufmachungsstoffe, wie der Friedensvertrag es vorsieht, zum Teil auch über deutsche Seehäfen geliefert werden darf, waren bis jetzt erfolglos. Auch die Bemühungen, für die Bahntransporte nach Frankreich Mengen französischer Kohlenmaterial zu erhalten, hatten nur einen ganz unbedeutenden Erfolg. Die langen Wege, die deutsche, mit Kohle beladene Wagen in Frankreich und Belgien zurücklegen müssen, sind auch nicht annähernd ausgleichend durch Anrechnung auf die Kohlenlieferung aus fremden Ländern. Bei dieser Sachlage wäre es möglich, daß am Monatsende die Zweimilionen-Tonnenlieferung mit einem Restbeitrag abschließt.

## Der Völkerbund und die Wirtschaftsblockade.

Genf, 28. Nov. In der Sitzung der Abrüstungs-Kommission machte Lord Robert Cecil zu Beginn einige Ausführungen über die Wirtschaftsblockade. Nachdem er sich mit der Frage befaßt hatte, unter welchen Bedingungen die Blockade in Betracht kommen könnte, schlug er vor, einen besonderen Dienst oder ein Amt eines Beamten des Sekretariats zu beantragen, den Rat über jede offizielle Beziehung des Völkerbundes zu unterrichten. Dieses Vorgehen würde ermöglichen, die wirtschaftliche Waffe schnell anzuwenden, ohne auf die Schaffung der internationalen Blockadekommission zu warten. Milten (Australien) verlangte, daß man die für jeden einzelnen Staat im Falle der Blockade zu treffenden Maßnahmen festsetze und gewissermaßen gesetzlich regelt. Die Lage hinsichtlich dieser Frage wechselte nämlich von Land zu Land, und es sei notwendig, daß das Verhalten jedes Landes festgelegt werde. Nach einer eingehenden Aussprache erklärte der Ausschuss auf Antrag Bourgeois, in Anbetracht der Tatsache, daß der Rat einzutreten für die Anwendung des Artikels 16 verantwortlich sei, daß die Kommission, die mit der technischen Organisation der Blockade beauftragt ist, auf keinen Fall den Charakter einer unabhängigen Kommission annehmen dürfe. (W. T. B.)

### Die Abrüstungsfrage.

Genf, 28. Nov. In der Unterkommission für die Abrüstungsfrage schlug der Vorsitzende Fisher von England vor, die Frage der primären Herstellung von Kriegsmaterial wegen der unvorhergesehenen Abwesenheit eines Vertreters der Militärkommission nur provisorisch zu besprechen. Da Cunha-Brasilien erklärte, daß bei der Durchführung seines Vorschlages, ein Staatsmonopol für die Herstellung von Kriegsmaterial zu schaffen, die Gefahr neuer Kriege in der Hauptsache beseitigt werde. Gleichzeitig würde auch die Kontrolle der Kriegsvorräte erleichtert. Lange-Portugal hob hervor, die öffentliche Meinung sei gegen die Herstellung von Kriegsmaterial. Auch sei jetzt der Augenblick zur Durchführung von einschneidenden Maßnahmen gekommen. Csanauer-Italien erklärte sich mit dem Vorschlage da Cunha einverstanden. Albert-Frankreich erklärte, alle seine Kollegen seien einig, daß Artikel 8 des Völkerbundesvertrages angewendet werden müsse, der dem Völkerbundrat die Aufgabe zuweist, Mittel und Wege zur Unterdrückung der schädlichen Folgen der privaten Herstellung von Kriegsmaterial zu suchen.

## Barrikaden gegen die Sinnfeiner in London.

London, 28. Nov. (Reuter.) Am Eingang der Downing Street (in der die Amtswohnung Lord Georges liegt) wurden zum Schutz gegen etwaige Angriffe der Sinnfeiner Barrikaden errichtet. Die Behörden haben beschlossen, das Parlamentsgebäude für das Publikum zu sperren. (W. T. B.)

### Die Massenverhaftungen in Irland.

London, 28. Nov. Wie verlautet, werden in Dublin zur Internierung der Mitglieder des irischen republikanischen Heeres Konzentrationslager gebildet. In Dublin wurden in der vergangenen Woche 300 Personen verhaftet. Weitere wurden bei einem Ueberfall bei Fermoy zwei Soldaten getötet und zwei Soldaten sowie ein Offizier verwundet.

London, 28. Nov. (Reuter.) In Cork wurden die ganze Nacht hindurch Explosionen, Gewehrschüsse und Revolverfeuer gehört. Mehrere Häuser in verschiedenen Teilen der Stadt, u. a. ein Manufakturwarengeschäft, wurden in Brand gesetzt und vernichtet.

## Die internationalen Truppen für Wilna.

Genf, 27. Nov. Heute wurde der am 25. November vom Völkerbundrat angenommene Bericht über die Organisation des internationalen Truppenkontingentes für das Wilnaer Gebiet den Mitgliedern des Völkerbundes vorgelesen. Das Kontingente soll eine belgische Kompanie mit einer Maschinengewehr-Abteilung, je zwei englische, spanische und französische Kompanien mit je einer Maschinengewehr-Abteilung und außerdem noch nicht festgesetzte dänische, holländische, norwegische und schwedische Kontingente umfassen. Den Befehl führt Oberst Charbonna. Der Bericht hebt hervor, daß die englischen und französischen Kontingente von Danzig und Memel aus gleichzeitig am 1. Dezember in Wilna eintreffen sollen, ohne deutsches Gebiet zu berühren. Die anderen Kontingente kommen vom Meer ab 1. Dezember. Die Verpflegungsaufgaben wird Danzig oder Warschau. Die Gesamtkosten für die Volkshilfe sollen von Polen und Litauen zurückgezahlt werden. (W. T. B.)

### Italienische Ratifizierung des Abriabkommens.

Rom, 27. Nov. In der Schlussabstimmung genehmigte die Kammer einen Gesetzentwurf, durch den die Ratifizierung des Vertrages von Rapallo aus-gesprochen wird, mit 215 gegen 15 Stimmen. Einmütig angenommen wurde der zweite Teil der Tagesordnung, der an den abgeschlossenen Vertrag den Wunsch knüpft, daß die in Rapallo verhandelten guten Beziehungen zwischen den Vertragsstaaten sich zum Vorteil der Vertragsparteien und Europas entwickeln möchten, und das Vertrauen ausdrückt, daß den nationalen Minderheiten die Freiheit des kulturellen und religiösen Lebens gesichert werde. (ntb.)

## Die englische Auffassung über die griechische Frage.

Paris, 27. Nov. Die der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, hat Lord Curzon gestern der französischen Delegation eine Note überreicht, in der die englische Auffassung der griechischen Angelegenheit und der Orientfrage dargestellt wird. Sie geht dahin, daß die Türkei das Verlorene nicht wieder erlangen dürfe und daß für die alliierten Mächte eine Sicherheit darüber gesucht werden müsse, daß die Personen, die mit der Politik Konstantin in den engen Beziehungen gestanden hätten, von der Regierung fern gehalten würden. Außerdem sei erforderlich, daß eine finanzielle und politische Kontrolle über die griechische Regierung ausgeübt werde. (W. T. B.)

### Eine griechische Parlamentskommission an König Konstantin.

Athen, 27. Nov. Das Wahlergebnis wird der neuen Kammer unterbreitet, die als Konstituente tagen wird. Eine Parlamentskommission wird sich nach Athen begeben, um dem König Konstantin die Entscheidung des hellenischen Volkes zu unterbreiten. (W. T. B.)

### Ein französisches Kriegsschiff in Athen.

Athen, 28. Nov. Der französische Panzerkreuzer „Balder-Rouffou“ ist am 24. d. M. im Piräus angekommen.

### Die Londoner Konferenz.

London, 28. Nov. (Reuter.) Die Besprechungen zwischen Lord George und Venauces wurden heute nachmittags wieder aufgenommen. Curzon und Bonar Law nahmen daran teil. Wie verlautet, hatten die Beratungen wegen der Anwesenheit des Grafen Sforza wiederum nur vorläufigen Charakter. (W. T. B.)

Der Graf Sforza erst Sonntagabend in London eintraf und Lord George bei seinem französischen Kollegen darauf gedrungen hat, die Regelung der griechischen Frage nicht zu verschieben, hat Venauces sich entschlossen, erst am Dienstagabend London zu verlassen. (W. T. B.)

Paris, 27. Nov. Der Londoner Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ will in englischen maßgebenden Kreisen sowohl als auch in französischen maßgebenden Kreisen die Versicherung erhalten haben, die Unterredung in London werde hinsichtlich Griechenland zu keiner gemeinsamen Erklärung der beiden Regierungen führen. Man werde sich vielmehr damit begnügen, gemeinsame Maßnahmen zu vereinbaren für den Fall, daß Griechenland eine Politik verfolgen sollte, die dem Interesse der Entente entgegenstehe wäre. Es behält sich, daß Athos vielleicht aufgefördert werde, nach London zu kommen, damit man ihm Kenntnis von der Ansicht der Alliierten gebe. Nebenbei werde der Ministerpräsident Venauces eine neue Reise nach London unternehmen müssen. Alle schwebenden Fragen könnten im Laufe dieser ersten Benehung nicht geregelt werden. (W. T. B.)

### Der neue englische Botschafter in Paris.

Paris, 28. Nov. Der neuernannte englische Botschafter in Paris, Lord Hardinge, ist gestern Abend einetroffen. (W. T. B.)

## Die Viehablieferungen an die Entente.

Am 15. November haben in Paris bei der Wiederherstellungskommission Verhandlungen begonnen über die Viehablieferung, zu der Deutschland durch den Pariser Vertrag verpflichtet ist. Der Wiederherstellungsausschuss hat für die Lieferungen u. a. folgende Zahlen nach einer von französischer Seite angelegten Statistik festgelegt: Deutschland soll liefern: 149.064 Pferde, 888.061 Stück Kleinvieh, davon 640.000 Milchkühe. Diese Lieferungen von Milchkühen verteilt sich mit 400.000 für Frankreich, 135.000 für Belgien, 5000 für Italien und 100.000 für Serbien. Ferner 201.895 Hammel, 675.000 Schafe, 27.000 Ziegen, 165.000 Kühe. Hierzu tritt noch: Geflügel, Manichen und Gänse. Die deutsche Regierung hat sich vorbehalten, diese Zahlen nochmals nachzuprüfen. Nach dem Abschluß dieser Prüfung sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

### „Innerliche Scham wegen des Friedensvertrags“

Amsterdam, 28. Nov. Im „Telegraaf“ beipflichtet der durch sein frühes Buch über den Friedensvertrag bekanntgewordene englische Professor Kennes das von dem amerikanischen Finanzmann und Berater Wilsons in Versailles, Vaudh, verteilte Buch über die Wiederaufmachungsstoffe und die Wirtschaftsbedingungen des Versailler Friedensvertrages, das er ein aufrichtiges Buch nennt, mit dem der Verfasser der Wahrheit einen Dienst erwiesen habe. Kennes schreibt unter Hinweis auf die Hoffnungen, die Vaudh, wie so viele andere, die sich innerlich wegen des Vertrages schämen“, auf die Wiederaufmachungs-Kommission legt, seiner Ansicht nach sei auf diese Weise eine Rettung nicht möglich. Die Kommission habe selbst unter den elenden Mitgliedern wenig Freunde und Bewunderer. Da ihre Arbeit keine Frucht bringe, so sei ihre Auflösung wenigstens in der gegenwärtigen Form mit den augenblicklichen Vollmachten eine Hauptbedingung für den Fortschritt. Kennes schreibt: Es ist, als ob mit dem Auslösen von Deutschlands Atom der Hund, der Deutschland vernichtet hat, durch die Entente einacomet wurde, die diesem Lande gegenüberstanden. Der Welt, der den Einfall in Belgien beherrschte, hat in Paris triumphiert. (W. T. B.)